

Zahlreiche internationale Unternehmen haben sich in der Region Schaffhausen angesiedelt. Im Bild erkennbar ist beispielsweise das Firmengelände der SIG oder von Garmin, dem Hersteller von Navigationssystemen. BILD KEY



«Die Grenzlage wirkt in beide Richtungen als Verstärker»

Was würde ein Ja zur Begrenzungsinitiative für die Schaffhauser Wirtschaft bedeuten? Darüber konnten sich die SN mit Christoph Schärler, der für die Wirtschaftsförderung im Kanton zuständig ist, unterhalten.

Reto Zanettin

SCHAFFHAUSEN. «Er ist ein sympathischer und linientreuer Repräsentant der Partei», sagte alt Bundesrat Christoph Blocher anlässlich der SVP-Delegiertenversammlung über Marco Chiesa. Dieser wurde am Samstag zum neuen Parteipräsidenten gewählt. Der 45-jährige Tessiner stellte sogleich klar, unter seiner Führung werde die SVP ihre Werte nicht ändern, nur um netter zu wirken. Es werde beim Nein zur masslosen Zuwanderung bleiben. Freiheit, Selbstbestimmung und Sicherheit sollten hochgehalten, eine 10-Millionen-Schweiz verhindert werden. Diese Haltung hat ihre Gründe. Im Rückblick stellt sich bei den Befürwortern der Begrenzungsinitiative ein schlechtes Gefühl ein: Seit 2007 seien über eine Million Menschen in die Schweiz eingewandert. Als Folge davon würden die Sozialkosten wie auch die Kriminalität steigen, die Schweiz werde zusetzen, die Verkehrsinfrastruktur übermässig belastet und die Schweizer Arbeitnehmer würden von Ausländern verdrängt.



«Die Frage muss doch sein, welche die bestmöglichen Bedingungen für das Wirtschaften in unserer Region sind.»

Christoph Schärler
Wirtschaftsförderer
des Kantons Schaffhausen

Die Gegner der Kündigungsinitiative, wie sie das Volksbegehren auch nennen, sehen das naturgemäss anders: Die Schweizer Unternehmen würden auf einen Schlag den privilegierten Zugang zum europäischen Binnenmarkt einbüßen, befürchtet etwa der Wirtschaftsdachverband Economiesuisse. Kontingentsysteme, welche die Freizügigkeit ablösen könnten, würden jenen einen Bärendienst erweisen, welche ohnehin schon mit dem Fachkräftemangel ringen. Das ist die schweizweite Sicht.

Fachkräftemangel spitzt sich zu

Besonders die exportorientierten Technologie- respektive Industrieunternehmen würde ein Ja zur Begrenzungsinitiative treffen, sagt Schärler und schliesst damit an Aussagen des Bundesrates an. Wie dieser im Abstimmungsbüchlein schreibt, würden die Firmen den direkten Zugang zum EU-Binnenmarkt verlieren. Mit Blick auf die Personenfreizügigkeit sagt Schärler, der Fachkräftemangel würde sich verschärfen.

fen. «Bisher konnten die Firmen dank der Personenfreizügigkeit qualifizierte Mitarbeiter aus dem Ausland rekrutieren. Sie haben damit den Verlust von Fachkräften, die zum Beispiel nach Zürich abgewandert sind, ausgleichen können.» Betriebe, die in ausländischen Märkten geschäften, stellen häufig orts-kundige Mitarbeiter an. «Will eine Firma in Polen Erfolg haben, wird sie einen Polen einstellen. Das bringt Vorteile: Der Mitarbeiter kennt sich vor Ort aus, ist mit den Sitten und Bräuchen vertraut, weiss etwa, wie die Behörden ticken, spricht die Landessprache und so weiter.» Umgekehrt werde ein deutsches Unternehmen einen Schweizer einstellen, wenn es in die Schweiz expandiert.

Führungskräfte werden knapp

Der Fachkräftemangel zeigt sich indes nicht nur in den Werkstätten von Industriebetrieben oder den Operationssälen und Patientenzimmern der Spitäler. Auch in den Führungsetagen sind qualifizierte Leute unterschiedlicher Herkunft gefragt. «Viele in Schaffhausen ansässige Unternehmen haben hier ihren Hauptsitz. Sie steuern aus der Region den europaweiten Marktauftritt.» Die Frage stelle sich, ob diese Aufgabe allein mit Schweizern zu bewältigen sei. «Wahrscheinlich eher nicht», erklärt Schärler. Er beobachte, wie schwierig die Rekrutierung von Leuten aus Drittstaaten sei. «Für sie gelten nach wie vor Kontingente. Das heisst die Konkurrenz um ausländische Arbeitskräfte an. Dieses Szenario könnte sich bei einem Ja auch für Leute aus dem EU-Raum abspielen.» Daher könnten Firmen Unternehmensfunktionen ins europäische Ausland verlagern, wo sie leichter an qualifiziertes Führungspersonal kommen. «Einen solchen Verlagerungsent-scheid treffen die Firmen aller Heimat-verbundenheit zum Trotz. Denn am Ende des Tages muss ein Unternehmen Markterfolge vorweisen.»

Indirekte Effekte

Ein Coiffeuresgeschäft, eine Bäckerei oder eine Metzgerei bedienen in erster Linie die lokale Kundschaft. Die Mitarbeiter stammen häufig auch aus der Region, sodass diese Kleinunternehmen kaum Berührungspunkte mit dem Ausland aufweisen. Dennoch, auch sie würden die Kündigung der bilateralen Verträge zu spüren bekommen, sagt Schärler. «Kleine Betriebe liefern ihre

Nachgefragt

«Wir kommen an genügend Fachkräfte aus der Schweiz»



Samuel Erb
SVP-Kantonsrat und
Unternehmer

Seit den 1980er-Jahren führt Samuel Erb seine Schreinerei in Flurlingen. Am 27. September wird er ein Ja zur Begrenzungsinitiative in die Urne legen.

Herr Erb, warum befürworten Sie die Begrenzungsinitiative?

Samuel Erb: Ich will keine 10-Millionen-Schweiz. In den letzten 13 Jahren sind über eine Million Menschen in die Schweiz eingewandert. Das erzeugt Stress in den öffentlichen Verkehrsmitteln, aber auch auf dem Wohnungsmarkt, im Autoverkehr, in den Spitalern und an den Schulen. Kinder, die sich im Schulalter schlecht integrieren, werden auch im Erwachsenenalter Mühe haben, sich in die Gesellschaft einzugliedern.

Vertreiben Sie die Leistungen Ihrer Schreinerei auch im europäischen Ausland?

Erb: Wir arbeiten in der Region, für den Kanton und die Stadt Schaffhausen bei-

spielsweise. Darum hätten wir kaum einen Verlust, wenn der Zugang zum EU-Binnenmarkt erschwert würde.

Wie decken Sie ihren Fachkräftebedarf, würde Ihnen bei einem Ja zur Begrenzungsinitiative nicht ein Mangel entstehen?

Erb: Nein. Wir kommen an genügend Fachkräfte aus der Schweiz. Wichtig ist es, langfristig zu denken und junge Leute aus der Region im Betrieb auszubilden. Wir erhalten jedes Jahr einige Bewerbungen um Lehrstellen. Darum können wir unseren Personalbedarf auch ohne Zuwanderer aus der EU decken.

Dann überwiegen auch für Sie als Unternehmer die Vorteile der Begrenzungsinitiative die Nachteile?

Erb: Ja, auch als Unternehmer ist die Abwägung für mich klar. Die Frage ist, was wichtig ist. Bei allen wirtschaftlichen Überlegungen, das Bevölkerungswachstum ist das grössere Problem. Wir sollten uns darauf besinnen, was wir den künftigen Generationen hinterlassen wollen – wir sollten der Umwelt und dem Klima Sorge tragen.

Interview: Reto Zanettin

Waren an grössere Unternehmen. Fallen deren Aufträge weg, leiden die kleinen, nur regional tätigen Firmen ebenfalls.» Zudem leben und konsumieren aus dem Ausland stammende Angestellte in der Region. «Ziehen sie fort, gehen auch den Coiffeuren, Metzgereien und Bäckereien Einnahmen verloren. Solche Einbussen wiegen zur Zeit der Coronakrise besonders schwer.»

Unsicherheiten als Nachteil

«Unternehmen brauchen verlässliche Entscheidungsgrundlagen. Sonst investieren sie nicht», sagt Wirtschaftsförderer Schärler. Eine vage Situation könne aus Sicht der Betriebe sogar schlimmer sein als eine Faktenlage, die einem Standort ein schlechtes Zeugnis ausstelle. Eine solche negative Informationsbasis ermögliche wenigstens einen fundierten Entscheid. Ein Ja zur Begrenzungsinitiative bedeute für einige Zeit Unsicherheit. «Ähnliches haben wir bei früheren Abstimmungen schon gesehen – bei der Abzockerinitiative, der Masseneinwanderungsinitiative oder der Unternehmenssteuerreform etwa.» Niemand wisse, wie es danach genau weitergeht. Und das in einer Zeit, in der ohnehin schon vieles unwägbar oder in der Schwebelage sei. Im Verhältnis zwischen Grossbritannien und der EU zum Beispiel dauert die Übergangsphase nach dem Brexit vom 31. Januar noch bis Ende Jahr. Verhandlungen über die künftigen Beziehungen laufen, kommen aber kaum vom Fleck. Ein Ende der Coronakrise zeichnet sich ebenfalls noch nicht

Welthandels-Organisation WTO

Die Organisation mit Sitz in Genf ist das Forum für die Verhandlungen über die multilateralen Handelsbeziehungen. Im Kern fusst die WTO auf drei Abkommen. Das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen regelt etwa den Zollabbau und das Meistbegünstigungsprinzip. Dieses besagt: Vorteile, die ein Land einem anderen gewährt, muss es allen anderen Vertragspartnern ebenfalls zugestehen. Im Allgemeinen Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen geht es um die grenzüberschreitende Dienstleistungserbringung, beispielsweise durch Banken, Versicherungen und Beratungsunternehmen. Als dritter Pfeiler der WTO regelt das Abkommen über den Schutz des geistigen Eigentums den Umgang mit Patenten, Urheberrechten und dergleichen. Im Weiteren existieren mehrere Nebenabkommen.

ab. Weltweit erreichte die Zahl der Neuzuzügler pro Tag am 14. August mit über 304000 einen Höchststand, wie aus Daten der Johns Hopkins Universität hervorgeht. Auch in der Schweiz sind die Fallzahlen in den vergangenen Wochen wieder angestiegen.

«Im Standortwettbewerb sind Unsicherheiten ein Nachteil», erklärt Schärler. Sie machten der kantonalen Wirtschaftsförderung das Leben immer wieder schwer. «In Gesprächen mit den Unternehmen ging es häufig nicht mehr darum, die Vorzüge unserer Region herauszubreiten. Viel mehr mussten wir erklären, wie wir Unwägbarkeiten beseitigen oder warum gewisse Umstände kein Problem darstellen.» Mit Blick auf die Begrenzungsinitiative spielt auch die Mentalität eine Rolle, wie Schärler ausführt: «Wir Schweizer sind mit unseren politischen Prozessen vertraut. Entscheidungsträger im Ausland fällt es allerdings oft schwer, unser System und unsere politische Kultur nachzuvollziehen.» Darum kämen Fragen auf, auf welche die Wirtschaftsförderung Antworten bereithalten müsste.

Stark betroffene Grenzregionen

Im Jahr 2019 exportierte die Schweiz Güter im Wert von rund 312 Milliarden Franken, wie aus Daten des Bundesamtes für Statistik hervorgeht. Ziemlich genau die Hälfte dieses Volumens entfiel auf die EU, für 47,7 Milliarden kaufte Deutschland in der Schweiz ein. «Deutschland ist der wichtigste Handelspartner der Schweiz», hält Schärler

denn auch fest. Aufgrund der Grenzlage sei Schaffhausen stärker exponiert und mit dem Ausland verwoben als andere Regionen. «Solange die bilateralen Abkommen in Kraft sind, ziehen wir entsprechend grosse Vorteile daraus. Fallen die Verträge aber weg, wird unsere Region härter getroffen als andere Landesteile. Die Grenzlage wirkt in beide Richtungen als Verstärker.» Die geografische Nähe zu den bedeutenden Handelspartnern bekommen die Firmen auch auf dem Arbeitsmarkt zu spüren, wie Schärler erläutert: «In Schaffhausen gibt es mehr internationale Unternehmen als in Graubünden. Deshalb ist der Wettbewerb um qualifizierte Mitarbeiter in unserer Region intensiver als im Bündnerland.»

«Es wäre nicht das Ende»

«Die Abstimmung von Ende September ist noch nicht auf der Agenda der Firmen. Das wird sich ändern, wenn der öffentliche Diskurs Fahrt aufnimmt», vermutet Schärler. Er sagt aber auch, die Schweiz geniesse zurzeit ein hohes Ansehen. «Wir spüren viel Goodwill aufseiten der Unternehmen.» Das hänge mit der Art und Weise zusammen, wie die Schweiz die Coronakrise bewältige. Erfahrungsgemäss könne die Stimmung aber leicht kippen. Dennoch wäre ein Ja am 27. September «sicher nicht das Ende». Der Austausch mit den europäischen Partnern würde bestimmt irgendwie weitergehen, mutmasst der Standortförderer. Die Frage sei bloss, auf welchem Niveau. Wohl gebe es das Freihandelsabkommen mit der EU von 1972 und die Abkommen der Welthandelsorganisation WTO. «Man mag sie als eine Art Rückfallposition betrachten, falls das Freizügigkeitsabkommen respektive die bilateralen Verträge wegbrechen sollten.» Doch gerade der Multilateralismus sei in den vergangenen Jahren an Grenzen gestossen. «Ausserdem kümmere ich mich nicht gerne um Rückfallpositionen. Die Frage muss doch sein, welche die bestmöglichen Bedingungen für das Wirtschaften in unserer Region sind.» Dabei spielten die Bilateralen einen wichtige Rolle.

Was die regionalen Verbände zur Begrenzungsinitiative sagen

«Wir haben 2010 die Ausschaffungsinitiative und 2014 die Masseneinwanderungsinitiative angenommen. Beide Verfassungsaufträge werden wegen der Personenfreizügigkeit mit der EU leider nicht umgesetzt», schreiben die Befürworter der Begrenzungsinitiative auf ihrer Website. In der Folge müsse die Schweiz jedes Jahr Zehntausende von EU-Ausländern aufnehmen und könne kriminelle EU-Ausländer nicht ausschaffen.

Nationale Verbände halten dagegen. Der Wirtschaftsverband Economiesuisse erklärt, der Erfolg der bilateralen Verträge sei unbestritten. «Keine der von den Initianten herumgebotenen Alternativen kann sie ersetzen. Die Kündigungsinitiative schadet der Wirtschaft massiv, ohne einen entsprechenden Nutzen zu stiften.» Hans-Ulrich Bigler, der Direktor des Schweizerischen Gewerbeverbandes, argumentiert mit dem Fachkräftemangel. Die Schweiz bilde gewiss viele Fachkräfte aus. Trotzdem bestehe beispielsweise im Gesundheitswesen eine Lücke. An einer Medienkonferenz im Juni legte Valentin Vogt, Präsident des Schweizerischen Arbeitgeberverbandes, die Position seiner Organisation zugunsten des bilateralen Wegs dar: «Seit der Einführung der Bilateralen ist der durchschnittliche Reallohn um 0,7 Prozent pro Jahr gewachsen. Zum Vergleich: In den zehn Jahren davor waren es jeweils nur 0,2 Prozent pro Jahr.» Zudem seien mehr Arbeitsplätze für Einheimische entstanden.

Aus ganz anderen Gründen als die Wirtschaftsverbände halten die Gewerkschaften an den bilateralen Abkommen, ganz besonders an der Personenfreizügigkeit, fest: «Eine Annahme der Begrenzungsinitiative würde zu einer sehr deutlichen Schwächung der flankierenden Massnahmen führen», erklärt der Schweizerische Gewerkschaftsbund. Die Beschäftigten würden die Folgen sofort auf ihren Lohnzetteln sehen.

Zurückhaltung in der Region

Weniger eifrig wie die nationalen Verbände zeigen sich die kantonalen Interessenvertreter. Für den Kantonalen Schaffhauser Gewerbeverband nimmt Präsident Marcel Fringer Stellung. Der Vorstand habe die Nein-Parole beschlossen. Fringer betont jedoch, dies würde nichts über die Meinung der Verbandsmitglieder sagen. Die Begrenzungsinitiative sei an der jüngsten Delegiertenversammlung kein Traktandum gewesen.

Roger Roth, Geschäftsführer des Industrielle und Technozentrums Schaffhausen, verzichtet aus Rücksicht auf die Mitgliederfirmen auf einen politischen Stimmungsbezug. Für die Industrie- und Wirtschaftsvereinigung Schaffhausen und IVS teilt die Kommunikationsverantwortliche Nina Schärler mit: «Als regionale Interessenvereinigung bezieht die IVS generell keine Stellung zu nationalen Abstimmungen.» Die Kampagnen führten nationale und überregionale Organisationen, etwa die Economiesuisse oder die Zürcher Handelskammer, welcher die IVS angegliedert sei. (rza) ■

155

Milliarden Schweizer Franken. So viel beträgt der Wert aller Güter, welche die Schweiz im Jahr 2019 in die EU exportierte. Die wichtigsten Abnehmer hiessen Deutschland, Grossbritannien, Frankreich und Italien.